



**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für
Vorhaben in der Teichwirtschaft zur Erbringung von Umweltleistungen
gemäß Nr. 4.2 der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der
Aquakultur, Binnenfischerei und Fischwirtschaft in Thüringen vom 22. Februar 2017
(Thüringer Staatsanzeiger 13/2017 S. 397 – 402)**

ThüringenForst – AöR –
Thüringer Forstamt Frauenwald
Sachgebiet Förderung
Forsthaus Allzunah
98711 Frauenwald

Auszufüllen durch das SG Förderung:

Vorgangs-Nr. (EDV):	Haushaltsjahr:
Eingang FoA am:	Eingabe in EDV am:
PE-Nr.:	durch:

- Erstantrag
- Folgeantrag zum Erstantrag vom

1. Angaben zum Antragsteller

Name des Antragstellers /
Betriebsbezeichnung:

bei juristischen Personen
Vertretungsbefugter:

Straße, Hausnummer:

PLZ, Ort:

E-Mail-Adresse:

Telefon:

Fax:

Geburts-*/Gründungsdatum**:
(*natürl. Personen/**jurist. Personen)

Personenident (PI)/
Betriebsnummer:
Bankverbindung:

IBAN:

BIC:



2. Beigefügte Anlagen (nur erforderlich bei Erstantrag oder Änderungen zum Erstantrag)

- Satzung, Gesellschaftsvertrag, Handelsregisterauszug
- Eigentumsnachweis oder bei Pachtflächen Pachtvertrag
- Hinweis Veröffentlichung
- Erklärung zur Auskunftspflicht gem. § 68a Agrarstatistikgesetz
- Abstimmungsprotokolle (Anlagen zu Nr. 5)

3. Beschreibung des Unternehmens

3.1 Allgemeines

- öffentlich privat
- Unternehmen Aquakultur Haupterwerb Unternehmen Aquakultur Nebenerwerb

3.2 Die zur Förderung beantragte Investition ist in einer Aquakulturanlage des Antragstellers vorgesehen, die der Genehmigungs- bzw. Registrierungspflicht nach §§ 3 bzw. 6 der Fischseuchen-VO unterliegt.

- ja nein

Aktenzeichen/Registriernummer:

Die Angaben unter Nr. 3.2 werden von der Veterinärbehörde des Landratsamtes/der kreisfreien Stadt

- bestätigt.
- nicht bestätigt.
- mit nachfolgenden Anmerkungen versehen:

.....

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift



3.3 Der/Die Antragsteller/in ist lt. § 68a Agrarstatistikgesetz auskunftspflichtig.

ja nein

Kennnummer beim Landesamt für Statistik:

3.4 Angaben zum Nachweis Kleinst- und Kleinunternehmen sowie mittlere Unternehmen (KMU) gemäß RL Nr.

3.4.1 Arbeitskräfte zum Zeitpunkt Antragstellung (VBE):

Arbeitskräfte Familie:	_____	Arbeitskräfte fremd:	_____
davon	_____	davon	_____
weiblich:	_____	weiblich:	_____
männlich:	_____	männlich:	_____

3.4.2 geplante Entwicklung Arbeitskräfte nach Durchführung des Vorhabens (VBE):

Arbeitskräfte Familie:	_____	Arbeitskräfte fremd:	_____
davon	_____	davon	_____
weiblich:	_____	weiblich:	_____
männlich:	_____	männlich:	_____

3.4.3 durchschnittlicher Jahresumsatz der letzten fünf Jahre €

3.5 Beschreibung der Anlage/Teiche:

Größe der gesamten selbst bewirtschafteten Anlage:	_____	ha
davon Eigentum:	_____	ha
Pacht:	_____	ha
davon Karpfenteichfläche	_____	ha
davon Forellenteichfläche:	_____	ha
Sonstige Teichflächen:	_____	ha



3.6 sonstige Angaben

Direktvermarktung (Vermarktung von überwiegend eigenen Erzeugnissen an den Endverbraucher) Ja Nein

Buchführungspflicht Ja Nein

Einnahmen aus der Teichwirtschaft bzw. Verarbeitung und Vermarktung werden steuerlich erfasst (Steuerbescheid) (wenn ja, den letzten Steuerbescheid beilegen) Ja Nein

fischereifachliche Qualifikation
des Antragstellers:



4. Beantragte Förderung

Folgende Vorhaben werden beantragt (siehe auch Erläuterungen Beiblatt):

Kürzel Vorhaben	Bezeichnung Vorhaben	Beschreibung Tätigkeiten/ Maßnahmen	Antrag lt. Nr. 5.2*
T1	Teichpflege und Erhalt der Kulturlandschaft	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Führung Teichbuch ➤ Durchführung von Pflege- und Sicherungsarbeiten, d. h. Instandhaltung Stauanlagen, Pflege Wirtschaftswege, Teichdamm- bzw. Böschungspflege, Grabenpflege und -instandhaltung ➤ ggf. Anpassung Betriebsabläufe 	
T2a	Naturschutzgerechte Teichbewirtschaftung Artenschutz/ Teichbodenvegetation	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Maßnahmen T1 ➤ Bergung Amphibien und heimische Wildfische ➤ Verzicht auf Düngung ➤ Festlegungen zur Stauhaltung 	
T2b	Naturschutzgerechte Teichbewirtschaftung Artenschutz Amphibien, Wirbellose, Fische, Wasserpflanzen	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Maßnahmen T1 ➤ Bergung Amphibien und heimische Wildfische ➤ Verzicht auf Raubfischbesatz ➤ Festlegungen zur Stauhaltung 	
T2c	Naturschutzgerechte Teichbewirtschaftung Artenschutz fischfressende Tierarten	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Maßnahmen T1 ➤ Bergung Amphibien und heimische Wildfische ➤ Vorgaben Fischbesatz ➤ Festlegungen zur Stauhaltung 	
T3a	Naturschutzgerechte Teichbewirtschaftung Vorgaben Zieelertrag	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Maßnahmen T1 ➤ Bergung Amphibien und heimische Wildfische ➤ Einhaltung Ertragsvorgaben 	
T3b	Naturschutzgerechte Teichbewirtschaftung Teiche ohne Nutzung	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Maßnahmen T1, außer Führung Teichbuch ➤ Bergung Amphibien und heimische Wildfische ➤ zusätzlicher Schilfschnitt bei starker Verschilfung ➤ Kontrollabfischung ➤ Pflege Fischgrube 	

* Zutreffendes ankreuzen

5. Beschreibung Vorhaben

5.1 Allgemeine Angaben

Ort der Investition	
Landkreis:	Gemeinde:

5.2 Beantragte Flächen

Lfd. Nr.	Bezeichnung Teich(e)	Feldblock-Ident (FBI)				beantragte Maßnahme*	Beihilfehöhe (€/ha)	beantragte Fläche (ha)	beantragte Ausgleichzahlung (€)	nur bei abstimmungsrelevanten Maßnahmen T2a bis T3b (ggf. unter Mithilfe der UNB ausfüllen)			
		DETHLI	BNK	TK 10	Nr.					Fläche liegt im NATU-RA-2000-Gebiet**	Fläche liegt in einem anderen Schutzgebiet***	Abgestimmte Maßnahme/n lt. Leistungsprotokoll (Anlage)	Bemerkungen (z. B. Begründung für Ausschluss der Maßnahme)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

* Kurzbezeichnung aus Nr. 4 verwenden
 ** Bezeichnung/Nr. des NATURA-2000-Gebietes angeben
 *** Bezeichnung/Nr. Schutzgebiet angegeben

Die zur Förderung beantragten Flächen sind auf der in der Anlage 2 beigefügten Karte gekennzeichnet.

Die Liste der Flurstücke zu o. g. Flächen befindet sich in Anlage 3.



5.3 Beteiligung Naturschutzbehörde(n)

Die Untere/n Naturschutzbehörde/n bestätigt/en naturschutzfachlich die Abstimmung mit dem Antragsteller für die beantragten Maßnahmen mit Abstimmungsbedarf unter Einhaltung der besonderen Festlegungen in den Leistungsprotokollen für die einzelnen Flächen.

Abstimmung gilt für Nr. (Tabelle 5.2, Spalte 1)	Name UNB	Stempel	Datum	Unterschrift

6. Erklärungen des Antragstellers

Dem Antragsteller ist bekannt, dass kein Rechtsanspruch auf Zuwendung besteht. Die Bewilligungsbehörde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Dem Antragsteller ist bekannt, dass für die Angaben im Antrag keine Verpflichtung aufgrund einer Rechtsvorschrift besteht. Die Erteilung dieser Auskünfte ist jedoch Voraussetzung für die Gewährung von Rechtsvorteilen und daher für die Bearbeitung des Antrages erforderlich.

Die im Antrag und in den Anlagen gemachten Angaben sind vollständig und richtig.

Der Antragsteller hat mit der Maßnahme noch nicht begonnen. Die Maßnahme darf vor Vorliegen des Zuwendungsbescheides nicht begonnen werden, es sei denn, ein vorzeitiger Maßnahmebeginn wurde schriftlich gewährt.

Der Antragsteller erklärt, dass er die Voraussetzung gem. Art. 10 Abs. 1 der VO (EU) Nr. 508/2014 erfüllt, d. h. dass er insbesondere

- keinen schweren Verstoß gemäß Art. 42 der VO (EG) Nr. 1005/2008 oder Art. 90 Abs. 1 der VO (EG) Nr. 1224/2009;

- keine schweren Verstöße gegen die Vorschriften der Gemeinsamen Fischereipolitik und
- keine der in Art. 3 und 4 der Richtlinie 2008/99/EG genannten Straftaten

begangen hat.

Der Antragsteller ist seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Zahlung von Steuern nachgekommen.

Der Antragsteller verpflichtet sich, den Zuschuss für den in der Förderrichtlinie in der jeweils gültigen Fassung festgelegten Zweck zu verwenden.

Der Antragsteller versichert, dass er für die im Antrag genannten Maßnahmen keinen weiteren Antrag auf Förderung nach anderen Richtlinien des Bundes oder des Landes gestellt hat oder stellen wird und keine Leistungen Dritter empfangen hat oder empfangen wird. Leistungen Dritter werden abgesetzt. Eine Doppelförderung wird durch den Antragsteller ausgeschlossen.

Der Antragsteller nimmt davon Kenntnis, dass

- die Angaben im Antrag und in den ergänzenden Unterlagen
- die Angaben im Verwendungsnachweis und den ergänzenden Unterlagen
- die Sachverhalte, von denen der Widerruf der Bewilligung und die Rückforderung der Zuwendung abhängen,
- Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, und Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung

subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB in Verbindung mit § 2 Abs. 1 des Subventionsgesetzes und mit § 1 des Thüringer Subventionsgesetzes sind. Der Antragsteller kann sich wegen unrichtiger, unvollständiger oder unterlassener Angaben wegen Subventionsbetrug strafbar machen. Der Antragsteller verpflichtet sich, der Bewilligungsbehörde Änderungen der subventionserheblichen Tatsachen unverzüglich mitzuteilen.

Dem Antragsteller ist bekannt, dass nach § 36 Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (AnBest-P) gelten.

Der Antragsteller verpflichtet sich, für die im Zuwendungsbescheid festgelegte Dauer zur ordnungsgemäßen Führung und Aufbewahrung aller dem Nachweis über die Durchführung der Maßnahme dienenden Belege.

Dem Antragsteller ist bekannt, dass erhaltene Zuschüsse ganz oder zum Teil zurückgefordert werden können, wenn die Durchführung der Maßnahmen nicht den üblichen Anforderungen genügt, die Pflege und Erhaltung geförderter Maßnahmen vernachlässigt bzw. den diesbezüglichen Weisungen der Bewilligungsbehörde nicht nachgekommen wird.



Dem Antragsteller ist bekannt, dass die Förderung unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall erfolgt, dass die geförderten Investitionen innerhalb der im Zuwendungsbescheid näher bezeichneten Zweckbindungsfristen (z. B. Grundstücke, Bauten, bauliche Anlagen im Zeitraum von 12 Jahren ab Fertigstellung; Maschinen, technische Einrichtungen und Geräte im Zeitraum von fünf Jahren ab Lieferung) veräußert oder nicht mehr dem Verwendungszweck entsprechend verwendet werden.

Der Antragsteller erklärt, dass er den Betrieb für die Dauer der Verpflichtung selbst bewirtschaftet.

Der Antragsteller verpflichtet sich, mit der Ausführung der Arbeiten keine illegal Beschäftigte zu beauftragen.

Dem Antragsteller ist bekannt, dass die im Bewilligungsbescheid aufgeführten Vergabebestimmungen anzuwenden sind und im Falle eines Verstoßes Zuwendungen gekürzt oder zurückgefordert werden können.

7. Datenschutzrechtlicher Hinweis

Die mit diesem Antrag erhobenen Angaben werden zur Feststellung der Förderungsberechtigung und der Förderhöhe benötigt und teilweise gespeichert. Ohne diese Angaben kann der Förderantrag nicht bearbeitet werden. Die Hinweise über die Veröffentlichung von Förderdaten (Anlage „Hinweise über die Veröffentlichung von Förderdaten“) habe ich zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers